

für Mitglieder und Freunde der Gesellschaft für Christlich-Jüdische Zusammenarbeit Hameln e. V.
Redaktion: Hans – Georg Spangenberg

1. Juden und Christen – in den deutschsprachigen und anderen europäischen Ländern

- **Die Bundespräsident Frank-Walter Steinmeier hat der Hochschule für Jüdische Studien (HfJS) zu deren 40-jährigem Bestehen gratuliert.** Bei einem Festakt sagte Steinmeier in Heidelberg, die meisten hätten sich nach dem Holocaust die Gründung einer solchen Hochschule „ausgerechnet in Deutschland“ nicht vorstellen können. Er mahnte zu Zivilcourage im Kampf gegen Antisemitismus. Zuvor hatte das Staatsoberhaupt die Einrichtung in der Altstadt besucht und dabei Studenten und Professoren getroffen. In der Universität nannte der Bundespräsident die HfJS „ein Symbol der Versöhnung“ und „ein Versprechen auf Zukunft“. Jüdisches Leben werde „bewahrt, vor allem aber wird es gelebt“. Dieses jüdische Leben sei ein „unermessliches Glück für unser Land“. Die Gemeinden seien gewachsen und Rabbiner würden ausgebildet. Jedes Jahr ziehe es Tausende junger Israelis zum Studium nach Deutschland, sie gründeten Start-Ups, Bars und Restaurants, sie gäben Konzerte und spielten Theater. Die HfJS ist in ihrer Art einzigartig in der Bundesrepublik. Ihr Träger ist der Zentralrat der Juden, finanziert wird die Einrichtung von Bund und Ländern. Als Ziel nennt die HfJS die „Pflege und Entwicklung der jüdischen Geisteswissenschaften und der ihnen verwandten Disziplinen“. Parallel zum Jubiläum fand in Heidelberg eine Tagung mit 70 Wissenschaftlern aus dem In- und Ausland statt. Dabei ging es um das Jubiläum 200 Jahre Wissenschaft des Judentums. Zum Festakt gekommen war auch Baden-Württembergs Wissenschaftsministerin Theresia Bauer (Grüne). Sie nannte die HfJS „systemrelevant“ für die Hochschullandschaft. Bauer betonte, die HfJS wirke gegen Unkenntnis und Vorurteile gegen das Judentum. Sie betonte, die Mehrheit der HfJS-Studenten sei nicht jüdischen Glaubens. Auch der Freiburger katholische Erzbischof Stephan Burger und der badische evangelische Landesbischof Jochen Comelius-Bundschuh nahmen an dem Festakt teil. (kna öki 25.06.2019)
- **Das Bauprojekt eines neuen Zentrums für Jüdische Theologie in Potsdam kommt voran:** Am 19. Juni wurde in einem denkmalgeschützten Ensemble des Neuen Palais Richtfest gefeiert. Drei jüdische Studieneinrichtungen werden dort ab dem Wintersemester 2020/21 lehren und forschen. Es sind das liberale Abraham Geiger Kolleg und das konservative Zacharias Frankel College, die beide Rabbiner ausbilden, sowie das Institut für Jüdische Theologie. Für sie werden das frühere königliche Hofgärtnerhaus, der angrenzende Stall und die Orangerie für zwölf Millionen Euro saniert und erweitert. Brandenburgs Finanzminister Christian Görke (Linke) erklärte, dass damit die wichtigsten jüdischen Bildungseinrichtungen Potsdams erstmals unter einem Dach vereint seien. Die kleine Synagoge, die das Nordtorgebäude und die Orangerie verbinden wird, sei die erste in Potsdam, die nach dem Zweiten Weltkrieg errichtet wird. Überdies sichere das Projekt den Erhalt des zum Weltkulturerbe gehörenden historischen Gebäudeensembles. Kulturministerin Martina Münch (SPD) betonte, die drei Einrichtungen prägten maßgeblich das jüdische Geistesleben und den interreligiösen Dialog in Brandenburg. Der Präsident der Universität Potsdam, Oliver Günther, sagte, der Bau sei krönender Abschluss der erstmaligen Einrichtung einer Jüdischen Theologie an einer deutschen Universität. Der Rektor des Abraham Geiger Kollegs, Rabbiner Walter Homolka, nannte den entstehenden Bau ein geistiges Zentrum jüdischer Renaissance in Europa. Das Gebäudeensemble ist im Eigentum der Stiftung Preußische Schlösser und Gärten, die es 2016 der Universität Potsdam zur Nutzung übergab. Das Abraham Geiger Kolleg wird als An-Institut Mieter der Universität Potsdam. (kna öki 25.06.2019)
- **Die Thüringer Achava Festspiele laden ab 19. September erneut zum interreligiösen und interkulturellen Dialog ein.** An den jüdisch-christlichen Begegnungstagen beteiligt sich auch die Evangelische Kirche in Mitteldeutschland (EKM), wie diese in Erfurt ankündigte. Bis zum 29. September sind Konzerte, Diskussionen, Ausstellungen und Führungen an diversen Orten in Eisenach, Erfurt und Weimar geplant. Das hebräische Wort Achava bedeutet Brüderlichkeit. 2015 fand das jüdisch geprägte Festival erstmals statt. Im Rahmen der Begegnungstage wird Landesbischöfin Ilse Junkermann die Sonderausstellung zum ehemaligen Eisenacher „Entjudungsinstitut“ im Lutherhaus am 19. September mit eröffnen, wie es hieß. Es war vor 80 Jahren gegründet worden. Außerdem werden die damals im Zuge der geplanten „Entjudung“ entfernten und jetzt wieder hergestellten Bibelworte an den Emporen der Georgenkirche in Eisenach enthüllt.

Sie waren 1940 ersetzt worden, weil sie aus dem Alten Testament stammten oder weil in zwei neutestamentlichen Bibelversen auf Mose und Israel Bezug genommen wurde. Zudem wird ein Kunstprojekt der EKM unter dem Motto „Mit Judenhass vergiftet - Versuch einer Entgiftung im Protestantismus“ präsentiert. Auf dem Programm der Achava-Festspiele stehen u.a. das Eröffnungskonzert mit Avi Avital & Thüringer Bach Collegium (19. September) in Eisenach sowie ein Schabbat-Abend im Festzelt auf dem Lutherplatz mit Jüdischem Gottesdienst und anschließendem Kiddusch mit Essen, Musik und Begegnung. Am 22. September folgen ein Festgottesdienst in der Eisenacher Georgenkirche mit Predigt der ehemaligen Hannoverschen Landesbischofin Margot Käßmann sowie eine Podiumsdiskussion zu kirchlichem Antisemitismus. Die Festspiele kooperieren mit dem Zentralrat der Muslime in Deutschland, dem Bistum Erfurt und der EKM sowie den politischen Stiftungen. Schirmherren sind der Vorsitzende des Zentralrats der Juden in Deutschland, Josef Schuster, und Thüringens Ministerpräsident Bodo Ramelow (Linke). (kna öki 02.07.2019)

- **Moisis Elisaf (64), Leiter der jüdischen Gemeinde in der nordgriechischen Stadt Ioannina, ist zum ersten jüdischen Bürgermeister Griechenlands gewählt worden.** Die Kommunalwahl fand fünf Wochen vor den nationalen Wahlen statt und brachte die konservative Oppositionspartei „Neue Demokratie“ auf den ersten Platz vor der Regierungspartei von Ministerpräsident Alexis Tsipras. Elisaf gewann aber als unabhängiger parteiloser Kandidat. Die Reaktionen in der griechischen Presse zeigen, dass viele Medien verwundert und auch ein wenig stolz sind, dass ein jüdischer Bürgermeister möglich ist in einem Land, in dem nur noch etwa 5.000 Juden leben und antisemitische Klischees und Vorurteile in breiten Bevölkerungsschichten bis weit ins bürgerliche Lager vorhanden sind. Laut einer Umfrage der Anti-Defamation League von 2015 haben 67 Prozent der Griechen antisemitische Einstellungen. 90 Prozent glaubten sogar, dass Juden zu viel Kontrolle über das Wirtschaftsleben hätten. Elisaf, Professor für Pathologie an der örtlichen Universität, ist seit 17 Jahren Leiter der örtlichen jüdischen Gemeinde und war früher auch Leiter des Zentralvorstands der jüdischen Gemeinden in Griechenland. Zudem ist er seit Jahren in der Lokalpolitik aktiv. Ioanninas jüdische Gemeinde zählt heute nur noch etwa 50 Personen, war aber einst das Zentrum einer einzigartigen 2.300 Jahre alten romanischen jüdischen Tradition. Die romanischen Juden sind weder Aschkenasim noch Sefardim, sondern kamen aus den ersten jüdischen Gemeinden Europas. Aufzeichnungen deuten auf eine jüdische Präsenz in Griechenland hin, die bis 300 v. Chr. zurückreicht. Diese Juden wurden als „Romaniote“ bekannt und sprachen ihre eigene Sprache, Yevanisch, oder Judäo-Griechisch, eine mit Hebräisch durchdrungene und in hebräischer Schrift geschriebene Version des Griechischen. Zu Beginn des Zweiten Weltkriegs verblieben noch etwa 2.000 Juden in Ioannina. Ausgerechnet am griechischen Nationalfeiertag, dem 25. März 1944, sammelten die deutschen Besatzer die Juden von Ioannina, und sie wurden von Wehrmachtseinheiten nach Auschwitz deportiert. Etwa 90 Prozent der griechischen Juden wurden im Holocaust getötet. (kna öki 02.07.2019)
- **Der Bischof der Evangelischen Kirche von Kurhessen-Waldeck, Martin Hein, fordert die Einsetzung eines Antisemitismusbeauftragten der EKD.** „Es muss, und zwar möglichst bald, einen oder eine Beauftragte der EKD gegen Antisemitismus geben“, sagte Hein auf der Internetseite der Landeskirche. Hein beklagte einen zunehmenden Antisemitismus in Deutschland. Es sei offensichtlich, dass die Bedrohung von Juden nicht nur von Menschen mit Migrationshintergrund ausgehe, sondern dass eine große Anzahl von Übergriffen auf rechtsradikale Täter zurückzuführen sei. Kritisch merkte der Bischof an, dass das Thema Antisemitismus viel zu lange beiläufig behandelt worden sei. Es reiche nicht, sich als evangelische Kirche gegen jede Form des Antisemitismus nur zu positionieren. Deshalb wolle er seinen weitergehenden Personalvorschlag zur Diskussion stellen. (kna öki 09.07.2019)
- **Zwei deutsche Theologinnen beraten den Vatikan künftig beim Dialog mit dem Judentum: Verena Lenzen (62), Leiterin des Instituts für Jüdisch-Christliche Forschung der Universität Luzern, und die Paderborner Theologin Maria Neubrand (63).** Beide ernannte Papst Franziskus zu neuen Beraterinnen der Vatikanischen Kommission für die religiösen Beziehungen mit dem Judentum. Neue Mitglieder des Gremiums sind zudem der italienische Erzbischof von Chieti, Bruno Forte, der US-amerikanische Bischof von Albany, Edward Scharfenberger, sowie zwei Franzosen: der Benediktiner Louis-Marie Coudray, bei der Französischen Bischofskonferenz für die Beziehungen zum Judentum zuständig, sowie Etienne Emmanuel Vetö, der an der Päpstlichen Gregoriana-Universität ein Zentrum zu Studien des Judentums leitet. Der in Salzburg lehrende deutsche Fundamentaltheologe Gregor Maria Hoff wurde für eine zweite Amtszeit bestätigt. (kna öki 09.07.2019)

- **Erstmals haben sich jüdische und muslimische Jungunternehmer und Startup-Gründer in Berlin zum „Starting dialogue“ getroffen.** Sie tauschten sich über ihre kulturelle Identität im modernen beruflichen Kontext aus, wie der Zentralrat der Juden mitteilte. Die Veranstaltung sei der Auftakt des Projekts „Schalom Aleikum. Jüdisch-muslimischer Dialog“. Zentralrats-Präsident Josef Schuster erklärte, mit dem Projekt werde auf unkonventionelle Art und Weise ein jüdisch-muslimischer Dialog gestartet. Es sei ein offener Austausch der jüdischen und muslimischen Zivilgesellschaft mit dem Ziel, Antisemitismus gar nicht erst entstehen zu lassen. (kna öki 09.07.2019)
- **Der Präsident der Konferenz der Europäischen Rabbiner, Oberrabbiner Pinchas Goldschmidt, hat die Bundesregierung aufgerufen, britischen Juden die deutsche Staatsbürgerschaft zuzuerkennen, deren Vorfahren Nazi-Deutschland entkamen.** Deutschland solle sich darüber freuen, dass Nachfahren von verfolgten Juden wieder die deutsche Staatsbürgerschaft annehmen wollten, weil sie Deutschland wieder vertrauten, sagte Goldschmidt der Deutschen Welle. Zahlreiche britische Juden beantragen demnach seit dem Brexit-Referendum 2016 die deutsche Staatsbürgerschaft. Es handelt sich in aller Regel um Juden, deren Eltern oder Großeltern noch während des Dritten Reiches aus Deutschland nach England ausreisen oder fliehen konnten. Die Tageszeitung „The Guardian“ berichtete, dass bei mehr als 100 Juden der Antrag abgewiesen worden sei. Angesichts dieses dunklen Kapitels der deutschen Geschichte hätte er sich „mehr Taktgefühl und historisches Bewusstsein von den deutschen Behörden erwartet, statt strikt formaljuristisch zu argumentieren“, betonte Goldschmidt. „Es wäre schön, wenn hier für die Betroffenen eine unbürokratische Lösung gefunden wird, die der besonderen historischen und politischen Verantwortung Deutschlands gerecht wird.“ Unterdessen erhielt die Londoner Rabbinerin Baroness Julia Neuberger laut Deutscher Welle die Nachricht, dass ihr 2016 eingereichter Antrag auf Einbürgerung, der zwischenzeitlich negativ beschieden worden war, nun doch zu einem positiven Ergebnis führte. „Ich habe gerade meine Staatsbürgerschaft bekommen - heute!“, sagte die 67-Jährige, die dem britischen Oberhaus angehört, dem deutschen Auslandssender. Noch Stunden zuvor habe sie mit Blick auf die Ablehnung vieler Anträge auf deutsche Staatsangehörigkeit von Diskriminierung gesprochen. Neuberger's Mutter war 1937 im Alter von 22 Jahren als Flüchtling von Deutschland nach London gekommen. Die Rabbinerin hatte wiederholt erklärt, sie bewundere Deutschland dafür, wie das Land mit seiner nationalsozialistischen Vergangenheit umgegangen sei. Auch der britische Bariton und Cellist Simon Wallfisch (36) hatte die deutsche Staatsbürgerschaft erhalten. Der Enkel der Auschwitz-Überlebenden Anita Lasker-Wallfisch (93), die am Holocaust-Gedenktag 2018 im Deutschen Bundestag über das unermessliche Leid von Millionen Juden sprach, sagte im Dezember 2018 in der ARD dazu: „Ich bin als Europäer geboren, und ich möchte das bleiben“. (kna öki 16.07.2019)
- **Der Präsident der Europäischen Rabbinerkonferenz, Pinchas Goldschmidt, hat die Beziehung zwischen den Juden und der katholischen Kirche in Deutschland als „ausgezeichnet“ beschrieben.** Sie sei ein Vorbild für andere Länder, sagte der Moskauer Oberrabbiner. Der Vorsitzende der Deutschen Bischofskonferenz, Kardinal Reinhard Marx, bestätigte dies. Man sei miteinander im ständigen Dialog, auch wenn das die Öffentlichkeit nicht unmittelbar wahrnehme. In diesem Austausch entstünden viele gemeinsame Texte, die „wichtig“ seien, sagte Marx. „Uns verbindet ein großer Schatz“, sagte der Kardinal und verwies als Beispiel auf das Verständnis von Gott als Vater aller Menschen. Der Erzbischof verteidigte auch grundsätzlich den Dialog. Bedeute dieser doch, sein Gegenüber ernst zu nehmen, ihm zuzuhören und neugierig auf den anderen zu sein. Dem pflichtete Goldschmidt bei und berichtete, dass die Rabbiner in Wien etwa vor einiger Zeit einen jüdisch-muslimischen Dialog begonnen hätten, an dem sich sieben Imame und sieben Rabbiner beteiligten. Auch wenn der Anfang schwer gewesen sei, verstünden sie sich inzwischen gut. Der wachsende Antisemitismus in Europa lasse sich nur erfolgreich bekämpfen, wenn die große Mehrheit der Bevölkerung dabei mitmache, sagte Goldschmidt. - Anlass des Gesprächs war das Erscheinen eines neuen Buchs von Goldschmidt mit dem Titel „Communitate et Orbi - für die Gemeinschaft und für die Welt“. (kna öki 16.07.2019)
- **Der Ökumenische Rat der Kirchen (ÖRK) und das Internationale Jüdische Komitee für interreligiöse Konsultationen (IJCIC) wollen ihren im Juni wieder aufgenommenen Dialog fortsetzen.** Dies betonte ÖRK-Generalsekretär Olav Fykse Tveit in einem auf der Internetpräsenz des Weltkirchenrats veröffentlichten Interview. Zuvor hatte es eine gemeinsame Veranstaltung in Paris zum Thema „The normalization of hatred: challenges for Jews and Christians today“ (Die Normalisierung von Hass: Herausforderungen für jüdische und christliche Gläubige heute) gegeben. Tveit sprach von einem „historischen Treffen“, das mit Selbstverpflichtungen geendet habe. In einem Kommuniqué versprächen beide Seiten, sich weiterhin regelmäßig austauschen zu wollen, die gemeinsamen Anstrengungen für Wandel, die bei dem Treffen herausgearbeitet

worden seien, zu fördern „und in regelmäßigen Abständen wieder zusammenkommen zu wollen, damit wir Fortschritte machen können in unseren jeweiligen und beiderseitigen Verpflichtungen gegenüber unseren Gemeinschaften und der ganzen Welt“. Tveit räumte ein, dass es in der Vergangenheit im Zusammenhang mit dem israelisch-palästinensischen Konflikt „zuweilen ernsthafte Spannungen zwischen den Positionen des ÖRK und des ICJIC gegeben“ habe. „Dieses Treffen hat in einer Atmosphäre stattgefunden, die geprägt war von einer Würdigung der Entwicklungen in Bezug auf einen konstruktiveren Austausch und die Art und Weise, wie unterschiedliche Standpunkte öffentlich vermittelt werden“, zitierte er aus dem Kommuniké. Tveit fügte hinzu: „Wenn wir fundierte Kritik an der Politik des Staates Israel üben und wir uns nachdrücklich für die Menschenrechte der Palästinenserinnen und Palästinenser einsetzen, so ist eine Diskreditierung dieses Engagements als „Antisemitismus“ völlig inakzeptabel.“ Auch das sei bei dem Treffen in Paris eingehend besprochen worden. Im September sei ein weiteres Treffen geplant, um die gemeinsamen Pläne weiterzuverfolgen, kündigte der ÖRK-Generalsekretär an: „Das ist ein bedeutender und wichtiger Schritt im Dialogprozess.“ (kna öki 30.07.2019)

- **Der Vorsitzende des Katholischen Bibelwerks, Michael Theobald, weist Vorwürfe zurück, wonach die Einheitsübersetzung der Bibel (EÜ) von 2016 antisemitischer klingt als der griechische Urtext.** Der pauschale Vorwurf einer jüdenfeindlichen Einstellung sei nicht gerechtfertigt, schreibt der emeritierte Tübinger Theologe in einem Beitrag für die Freiburger „Herder Korrespondenz“. Auch wenn weiter Verbesserungsbedarf bestehe, habe die neue Übersetzung vielfach jüdenfeindliche Verzerrungen korrigiert. Der Wiener evangelische Theologe Hans Förster hatte die Neuübersetzung im Frühjahr ebenfalls in der „Herder Korrespondenz“ als verfälschend und jüdenfeindlich kritisiert. Er begründete das mit Beispielen aus dem Matthäus- und dem Johannesevangelium sowie Texten des Apostels Paulus. Für Theobald sind Försters Beispiele „zumeist nicht stichhaltig“. Auch würden manche seiner Übersetzungsvorschläge dem Inhalt nicht gerecht. In der EÜ heißt es etwa im Matthäusevangelium: „Die Pharisäer aber gingen hinaus und fassten den Beschluss, Jesus umzubringen.“ Förster übersetzt: „Die Pharisäer berieten, wie sie Jesus loswürden.“ Damit verharmlose er gutmeinend den Text, so Theobald. Statt einzelne Stellen des Neuen Testaments „zu isolieren und zu glätten“, sollte erklärt werden, wie mit solchen Aussagen heute umzugehen sei. Kritische und verallgemeinernde Aussagen sollten nicht „weginterpretiert“, sondern kommentiert werden. An der Neuübersetzung kritisiert Theobald allerdings, dass der Titel „Messias“ meist gegen „Christus“ ausgetauscht wurde: „Der jüdische Horizont ist damit ausgeblendet und die jüdische Messiaserwartung ‚christologisiert‘.“ (kna öki 30.07.2019)
- **Die Europäische Rabbinerkonferenz und Berliner Bischöfe habenden Übergriff auf Rabbiner Yehuda Teichtal in der Hauptstadt verurteilt.** Die Rabbinerkonferenz (CER) warnte vor einer Bedrohung der Religionsfreiheit in Deutschland. Denn wiederholte Angriffe auf Rabbiner seien nicht nur eine Bedrohung und Herabwürdigung der einzelnen Geistlichen oder der jüdischen Gemeinschaft, sagte CER-Generalsekretär Gady Gronich der Deutschen Welle. „Diese Vorfälle bedrohen die Religionsfreiheit und das religiöse Miteinander in Deutschland und gefährden damit einen Wesenszug der deutschen Gesellschaft, die für ihre religiöse Pluralität bekannt ist.“ Es müsse auch Aufgabe der gesamten Gesellschaft sein, sich dem Antisemitismus entgegenzustellen und Solidarität mit angegriffenen Rabbinern zu zeigen. Gronich verwies auf eine in den vergangenen Jahren gewachsene Pluralität jüdischen Lebens in Berlin. Es sei wichtig, dass Juden sich in der Öffentlichkeit ohne Angst mit Kippa bewegen könnten. Dafür müsse der Staat sorgen. Er vertraue darauf, dass sich die Sicherheitsbehörden entschieden um Aufklärung des Vorfalles gegen Teichtal bemühten. Der Angriff in Gegenwart eines Kindes des Rabbiners sei „schäbig“. Es sei eine Attacke „auf alle Religionen und Weltanschauungen in unserer Stadt und in unserem Land, zumal auf das Christentum, das sich in besonderer Weise mit dem Judentum verbunden weiß“, schreibt der katholische Berliner Erzbischof Heiner Koch in einem Brief an Teichtal. „Wir werden nicht zulassen, dass Hass gleich welcher Art, insbesondere der Hass auf das Judentum, sein Ziel erreicht, unsere Gesellschaft zu spalten.“ Der evangelische Berliner Bischof Markus Dröge würdigt es in einem ebenfalls persönlichen Schreiben an Teichtal als eindrucksvolles Zeugnis von dessen Glaubenshaltung, dass er sich „gleich nach der menschenverachtenden Tat unerschüttert für Liebe, Toleranz, Dialog und Bildung eingesetzt“ habe. Dröge betonte: „Denn wir leben in einer Zeit, in der jede Tat der Menschenverachtung gleich von anderen für neue Hetze, neuen Hass, und neue Häme instrumentalisiert wird.“ Nach Angaben der Jüdischen Gemeinde zu Berlin hatten am letzten Juliwochenende zwei Männer Teichtal auf Arabisch beschimpft und bespuckt. Der Angriff fand bei einer Synagoge im Stadtteil Wilmersdorf statt, in der Teichtal zuvor einen Gottesdienst geleitet hatte. Nach der Anzeige des Rabbiners nahm die Polizei Ermittlungen auf. Auch in Potsdam war ein Mann, der eine Kippa mit Davidstern trug, von einem Syrer bespuckt und beleidigt worden. Unterdessen teilte das Bundesinnenministerium mit, dass der Antisemitismusbeauftragte der Bundesregierung, Felix Klein, einen Beratungskreis erhält. Die

achtköpfige Gruppe mit Vertretern aus Wissenschaft, Bildungspraxis und Zivilgesellschaft solle „an der Formulierung von Strategien zur Identifizierung von Handlungsfeldern gegen Antisemitismus und der Sichtbarmachung jüdischen Lebens in Deutschland mitwirken“. Das Kabinett hat den Beratungskreis bereits bewilligt. (kna öki 06.08.2019)

- **Der Islamwissenschaftler Fatih Ünal wirbt für mehr Solidarität und Vertrauen zwischen Juden und Muslimen.** „Gerade jetzt wäre doch der Moment, solidarisch zu sein, denn Antisemitismus und Islamophobie gehen letztlich Hand in Hand“ sagte Ünal im Interview der „Welt“. Vielleicht helfe es aber auch schon, wenn sichtbarer würde, dass es auch Muslime gebe, die sich deutlich gegen Judenfeindlichkeit positionierten. Ünal äußerte sich zu dem Projekt „Schalom Aleikum. Jüdisch-muslimischer Dialog“ des Zentralrats der Juden, das Anfang Juli mit einem Austausch jüdischer und muslimischer Jungunternehmer und Startup-Gründer in Berlin begonnen hatte. In den muslimischen Gemeinschaften gebe es „ohne Zweifel eine hohe Empfänglichkeit für jüdenfeindliche Einstellungen“, sagte Ünal. Er empfinde das als sehr problematisch. Wenn er dies selbst ausspreche, könne das mitunter eine Signalwirkung haben, weil solche Äußerungen von eher unerwarteter Seite kämen – „und nicht aus ritualisierten Diskussionsstrukturen, bei denen keiner mehr so rechtinhört“. Religion werde dann zu einem Problem, wenn Menschen damit Hass und Gewaltbereitschaft begründeten. Ünal sagte zugleich, dass es im Islam durchaus „aufklärerische Tendenzen“ gebe. Es sei nicht so, dass er grundsätzlich mit Aufklärung und Humanismus unvereinbar wäre. Der Unternehmer Boris Moshkovits, der ebenfalls an dem Auftakt von „Schalom Aleikum“ teilgenommen hatte, sagte, dass in jüdischen Gemeinden eine „große Furcht vor der wachsenden Präsenz des Islam“ herrsche. Ausgelöst worden sei sie „durch das Bild von ihm als einer terrorfördernden und menschenverachtenden Kraft, das er vielfach abgibt“. Dagegen stehe in den Gemeinden eine große Gruppe, die den Dialog und die Vermittlung suche, weil sowohl Juden als auch Muslimen eine „gemeinsame Rolle als Minderheit“ in Deutschland zukomme. Auch Diskriminierung von Muslimen müsse entgegengetreten werden. (kna öki 06.08.2019)
- **In Deutschland ist im vergangenen Jahr einem Zeitungsbericht zufolge im Schnitt mindestens jede zweite Woche ein jüdischer Friedhof geschändet worden.** Die Polizei erfasste 27 antisemitisch motivierte Angriffe in diesem Bereich, wie der „Tagesspiegel“ unter Berufung auf eine Antwort des Bundesinnenministeriums auf eine Anfrage von Bundestagsvizepräsidentin Petra Pau berichtete. Danach zählten die Behörden zudem 21 jüdenfeindlich motivierte Angriffe auf Synagogen und weitere jüdische Religionsstätten. Lediglich in drei Fällen konnten Ermittler die Friedhofsschändungen aufklären. Bei den Angriffen auf Synagogen und weitere Religionsstätten ermittelte die Polizei in fünf Fällen Täter. Der Präsident des Zentralrats der Juden in Deutschland, Josef Schuster, sagte dem Blatt: „Regelmäßige Schändungen von jüdischen Friedhöfen und Angriffe auf Synagogen sind leider Alltag in Deutschland.“ Vielen nicht-jüdischen Bürgern sei dies vermutlich gar nicht bewusst. „Deutschland darf sich nicht an diese Situation als Normalzustand gewöhnen“, betonte Schuster. Er mahnte auch die Sicherheitsbehörden zu mehr Wachsamkeit. Die geringe Aufklärungsquote sei erschreckend. (kna öki 06.08.2019)
- **Die orthodoxe Rabbinerkonferenz in Deutschland hat sich nach einem Vortrag des Greifswalder Bischofs im Sprengel Mecklenburg und Pommern der Nordkirche, Hans-Jürgen Abromeit, „tief bestürzt und erschüttert“ über dessen Thesen gezeigt.** Der Theologe hatte auf der Jahreskonferenz der evangelikalischen Deutschen Evangelischen Allianz im thüringischen Bad Blankenburg die These vertreten, dass es in Deutschland eine „Überidentifikation mit dem Holocaust“ gebe. Damit sorgte er inner- und außerhalb der evangelischen Kirche für massiven Ärger. Die Landesbischofin der Nordkirche, Kristina Kühnbaum-Schmidt, ging auf Distanz zu ihrem bischöflichen Kollegen. Der religionspolitische Sprecher der Grünen, Konstantin von Notz, nannte die Wortwahl Abromeits „in Zeiten von Revanchismus und Geschichtsklitterei sehr problematisch.“ Die Aussagen seien unsäglich und machten ihn fassungslos. Die Rabbinerkonferenz sprach von „ungeheuerlichen Äußerungen von Bischof Abromeit, die sowohl in seinen theologischen als auch in seinen politischen Aussagen vielem widersprechen, was der christlich-jüdische Dialog über Jahre und Jahrzehnte mühselig als Konsens zum Thema Land und Staat Israel erarbeitet hat.“ Wissenschaftliche Untersuchungen zeigten, dass es weder gesellschaftlich, noch medial eine „Überidentifikation mit dem Staat Israel“ in Deutschland gebe. Vielmehr werde in Deutschland kein Land so stark kritisiert, wie Israel. Abromeits Behauptung, dass das jüdische Volk keine Bindung an das Land Israel habe, und die Darstellung der Thora als voller Gewalt sei Teil einer traditionellen antijüdischen Bibelauslegung und Theologie, die die Kirche eigentlich schon hinter sich gelassen hatte. Mittlerweile gebe es diverse Papiere und Erklärungen, auf Ebene der EKD und auch auf landeskirchlicher Ebene, die feststellten, dass das Judentum eine unlösbare Bindung zum Land Israel habe. Die Deutsche Evangelische Allianz begrüßte die

nachträgliche Stellungnahme Abrorneits. Sie stehe zugleich „ohne Wenn und Aber an der Seite Israels“, teilte der theologisch konservative Dachverband mit. Abromeit selbst hatte in einer von der Nordkirche verbreiteten Erklärung betont, dass es ihm fern liege „die aus der deutschen Schuld und der christlichen Mitschuld gewachsene Verantwortung für die Sicherheit der Bürgerinnen und Bürger Israels oder das Existenzrecht Israels infrage zu stellen.“ In einem Interview mit dem in Neubrandenburg erscheinenden Nordkurier sprach er sich aber dafür aus, sich stärker mit den Palästinensern zu beschäftigen, ohne dabei „auch nur eine Handbreit“ von Israel abzurücken. Abromeit ist im Ehrenamt auch Vorsitzender des Berliner Jerusalemvereins, der sich besonders den lutherischen Christen Palästinas widmet. (kna öki 13.08.2019)

- **Der evangelische Berliner Bischof Markus Dröge hat die Verbundenheit des Christentums mit dem Judentum hervorgehoben.** „Das Judentum ist die Wurzel des Christentums. Jesus war Jude“, schrieb Dröge in einem Gastbeitrag für die Boulevardzeitung „B.Z.“ anlässlich des sogenannten Israel-Sonntags der evangelischen Kirche. „Wir erinnern damit an unsere besondere Verbundenheit mit dem Judentum“, so der Bischof. „Die jüdische Tradition hilft uns bis heute, uns selbst und die Welt besser zu verstehen. Diese Tradition gehört Juden und Christen gemeinsam. Wir sind verbunden in unserem Glauben an den einen Gott, der die Welt erschaffen hat“, betonte der Geistliche. Dass es wieder ein reiches jüdisches Leben in Berlin gebe, sei „ein Segen“. Es tue ihm „in der Seele weh, dass wir jüdische Einrichtungen, Schulen und Synagogen immer noch, und jetzt sogar vermehrt, schützen müssen und dass Menschen aufgrund ihrer jüdischen Identität beleidigt und attackiert werden“, erklärte der Bischof. (kna öki 27.08.2019)
- **Sachsen erhöht seine Zuschüsse für die jüdischen Gemeinden im Freistaat um 120.000 Euro pro Jahr.** Mit nunmehr 1,07 Millionen beteiligt sich das Land jährlich an den laufenden Ausgaben der jüdischen Glaubensgemeinschaft für deren religiöse und kulturelle Bedürfnisse sowie deren Verwaltung. Der neu angepasste Vertrag mit dem jüdischen Landesverband wurde in der Staatskanzlei Dresden unterschrieben und ratifiziert. Sachsens Ministerpräsident Michael Kretschmer (CDU) erklärte: „Jüdisches Leben ist ein wichtiger Teil unserer Geschichte und Gegenwart. Der neue Vertrag ist ein starkes Zeichen dafür, wie wichtig dem Freistaat das jüdische Leben und starke Gemeinden sind.“ Die drei jüdischen Gemeinden in Sachsen zählen rund 2.800 Mitglieder. Sie sind in Dresden, Leipzig und Chemnitz verortet. Seit Jahresbeginn ist der orthodoxe Rabbiner Zsolt Balla (39) Landesrabbiner im Freistaat. Zuvor war das Amt 12 Jahre vakant. Vor 25 Jahren war der Vertrag zwischen dem Freistaat Sachsen und dem Landesverband der Jüdischen Gemeinden Sachsen geschlossen worden, um das kulturelle Erbe des Judentums im Freistaat zu wahren und zu pflegen. (kna öki 27.08.2019)
- **Nach Einschätzung des hessischen Antisemitismusbeauftragten Uwe Becker haben sich breite Teile der deutschen Gesellschaft wieder an judenfeindliche Sprachbilder und Bildmotive gewöhnt.** „Es gibt ganz offensichtlich ein Grundrauschen des Antisemitismus, das sich in der Gewöhnung an judenfeindliche Stereotype ausdrückt und bereits oder wieder wichtige Teile unserer Gesellschaft erreicht hat“, erklärte Becker in Wiesbaden. Judenfeindliche Sprachbilder und Bildmotive lösten kaum Entsetzen aus. Sie würden leichtfertig als Teil der freien Meinungsäußerung eingeordnet oder relativiert und verkannt. Becker: „Mit deren Akzeptanz wird jedoch die Schwelle zum Antisemitismus immer niedriger und die Schleusen für den Judenhass werden geradezu geöffnet.“ Becker kritisierte das Titelmotiv der Sonderausgabe „Geschichte“ des Magazins „Der Spiegel“ zum jüdischen Leben in Deutschland. Der „Spiegel“ nutze dabei „Stereotype des verarmten Ostjudentums“ und stelle damit „jüdisches Leben in Deutschland im Stile des ‚Stürmer‘ dar“, so Becker. Der „Stürmer“ war das Hetzblatt der Nationalsozialisten. Auf dem Titelbild der „Spiegel“-Sonderausgabe sind zwei traditionell gekleidete Ostjuden aus den 1920er-Jahren dargestellt; der Untertitel lautet: „Die unbekannte Welt nebenan.“ Becker kritisierte auch den Verzicht der Dortmunder Staatsanwaltschaft, Ermittlungen gegen die rechtsextremistische Partei „Die Rechte“ für deren Plakat „Israel ist unser Unglück“ aufzunehmen. Der NS-Propagandaausdruck „Die Juden sind unser Unglück“ sei in seiner antizionistischen Einfärbung nicht ausreichend juristisch bewertet, so der CDU-Politiker, der auch Frankfurter Bürgermeister ist. (kna öki 27.08.2019)
- **Das Gedenken an den Beginn des Zweiten Weltkriegs vor 80 Jahren sollte nach Worten des Präsidenten des Zentralrats der Juden, Josef Schuster, europaweit zum Innehalten führen.** „Es gilt zu fragen, ob wir uns noch auf dem richtigen Weg befinden“, schrieb er in einem Gastbeitrag in der „Frankfurter Allgemeinen Zeitung“. Der Nationalismus in Europa wachse, und in vielen europäischen Staaten werde offenbar zunehmend vergessen, „dass Frieden nicht selbstverständlich ist“. Schuster forderte, den nachfolgenden Generationen „die ganze Dimension dieses Krieges zu vermitteln“. In Deutschland müssten Menschen aufwachsen, „die das Verantwort-

tungsbewusstsein haben, das wir für ein friedliches Europa brauchen“. Der Beginn des Zweiten Weltkriegs sei lange tief im Gedächtnis der Deutschen verankert gewesen, fügte der Zentralratspräsident hinzu. „Die Schoah hat hingegen im deutschen nichtjüdischen Familiengedächtnis keinen systematischen Platz“, schreibt Schuster unter Berufung auf Untersuchungen des Soziologen Harald Welzer. Heute komme die Schoah „auf der Täterseite als Teil der Familiengeschichte so gut wie gar nicht mehr vor“. Zugleich beantragten heute immer mehr britische Juden mit deutschen Vorfahren die deutsche Staatsbürgerschaft, fügte Schuster hinzu. Diese Entwicklung zeige „ein gewisses Vertrauen, dass diese britischen Juden dem heutigen Europa entgegenbringen. Zum anderen wird die Europäische Union offenbar als Garant für Frieden und Sicherheit wahrgenommen.“ Dies sei „bemerkenswert“. (kna öki 03.09.2019)

- **Nach Einschätzung des hessischen Antisemitismusbeauftragten Uwe Becker hätten die von den Nationalsozialisten zerstörten Synagogen in Deutschland wieder aufgebaut werden sollen.** Becker sagte laut Mitteilung der hessischen Staatskanzlei: „Rückblickend auf die Zeit nach dem Ende des Holocausts haben wir einen wichtigen Schritt als deutsche Gesellschaft versäumt: Wir hätten Synagogen wiederaufbauen müssen und diese nicht auch noch nach 1945 zusätzlich abreißen dürfen.“ Dies wäre „ein deutliches Bekenntnis zur Zukunft jüdischen Lebens und deshalb moralisch richtig und wichtig gewesen“. Becker äußerte sich beim Jahrestreffen der hessischen Arbeitsgemeinschaften der Gesellschaft für Christlich-Jüdische Zusammenarbeit in Frankfurt. Er verwies darauf, dass in Frankfurt die Paulskirche „als bewusstes Zeichen des modernen und demokratischen Deutschlands“ schon 1947 wiederaufgebaut worden sei. Viele Orte jüdischen Lebens vor 1945 fänden sich hingegen heute „nur noch in den Geschichtsbüchern wieder“, der CDU-Politiker, der auch Frankfurter Bürgermeister ist. (kna öki 03.09.2019)
- **Der antisemitische Irrwitz ist leicht zu fassen: 200.000 gedruckte Exemplare einer „entjudeten“ Ausgabe des Neuen Testaments, ein Katechismus mit Jesus als „Arier“ und eine Gesangbuch-Ausgabe, in der Worte wie Jerusalem oder Zion getilgt und hebräische Formeln wie Amen oder Halleluja durchgängig durch „Das walte Gott“ oder „Lobe den Herrn“ ersetzt sind.** Das von elf evangelischen Landeskirchen am 6. Mai 1939 auf der Wartburg gegründete „Entjudungsinstitut“ setzte mit seinen Publikationen eindeutig auf Breitenwirkung. Eine neue Sonderausstellung „Erforschung und Beseitigung. Das kirchliche ‚Entjudungsinstitut‘ 1939-1945“ im Eisenacher Lutherhaus will einerseits zur Aufarbeitung beitragen, andererseits einen Bogen in die Gegenwart schlagen. Die Eröffnung falle in eine Zeit, „in der Verschwörungstheorien, Pseudowissenschaften und Rassenhass wieder auf dem Vormarsch sind“, erklärt Lutherhaus-Leiter Jochen Birkenmeier. „Gerade deshalb ist es heute wichtig, daran zu erinnern, dass die giftige Mischung aus Verschwörungstheorien, Antisemitismus und Nationalismus in der ersten Hälfte des 20. Jahrhunderts schon einmal furchtbare Folgen hatte.“ Dass auch die Kirchen vor den Lockungen radikaler Ideologien nicht gefeit seien, zeige sich am Beispiel des Instituts „in eindringlicher Weise“. Der Schau gehe es deshalb auch um Einsichten für Gegenwart und Zukunft. Die kompakte Ausstellung gliedert sich in vier Teile. Zunächst werden die Vorgeschichte und ideologischen Wurzeln aufgezeigt. So ist der Begriff „Entjudung“ keine Erfindung der Nationalsozialisten. Er lässt sich im Deutschen erstmals 1784 nachweisen und meinte zunächst die Anpassung und Assimilation der jüdischen Minderheit, erklärt die Ausstellung. Ende des 19. Jahrhunderts entwickelte er sich zum politischen, antisemitischen Kampfbegriff, der Juden als Angehörige einer „minderwertigen Rasse“ einstufte, die aus der Gesellschaft entfernt werden sollte. Die Strömung der „Deutschen Christen“ verstand sich als treue Nationalsozialisten. Sie versuchten den christlichen Glauben so umzudeuten, dass er mit völkischem Denken vereinbar war. Ihr radikaler Antisemitismus bildete die geistliche Grundlage für die Institutsgründung. So zeigt der zweite Ausstellungsteil den kirchlichen und gesellschaftspolitischen Kontext, in dem das Institut entstand. Exponate veranschaulichen, wie in den 1930er Jahren protestantische Gemeinden begannen, jüdische Symbole aus den Kirchen zu entfernen und teils durch NS-Symbole zu ersetzen. Erst in jüngster Vergangenheit sorgten die sogenannten Nazi-Glocken mit völkischen oder antisemitischen Inschriften für Aufsehen, weil sie teils immer noch in Kirchtürmen hängen. Eine davon ist in der Ausstellung zu sehen. Daneben ein Kirchenfenster, das ein Kreuz mit einer „Dornenkrone“ aus Hakenkreuzen zeigt. Das „Institut zur Erforschung und Beseitigung des jüdischen Einflusses auf das deutsche kirchliche Leben“, so der vollständige Titel, organisierte reichsweit Vorträge. Unter den rund 200 Mitarbeitern waren auch „eine Handvoll“ Katholiken, so die Kuratoren. Unter Leitung eines ehemaligen Priesters waren sie maßgeblich im Instituts-Arbeitskreis „Politischer Katholizismus“ aktiv. „Hintergrund war, dass die ‚Deutschen Christen‘ eine überkonfessionelle Nationalkirche gründen wollten“, erläutert Kurator Michael Weise. Der letzte Ausstellungsteil widmet sich der Auflösung des Instituts 1945. Lange war die Aufarbeitung ein Tabu-Thema. „In der DDR gab es sie faktisch nicht, weil sich die Kirche zum einen nicht die Blöße vor dem SED-Staat geben wollte, zum anderen weil ehemalige Mitarbeiter später weiter Karriere

machten“, sagt Birkenmeier. So unterrichtete Instituts-Direktor Walter Grundmann auch nach 1945 evangelische Theologen. Inzwischen sieht Birkenmeier jedoch einen Bewusstseinswandel. (kna öki 24.09.2019)

- **Zum Neujahrsfest Rosch Haschana haben Politik und Religionsvertreter den Juden in Deutschland gratuliert.** Bundeskanzlerin Angela Merkel (CDU) unterstrich in ihrer Grußbotschaft, dass die jüdische Gemeinschaft in Deutschland heute dank ihrer Integrationsleistung die drittgrößte in Europa sei. Neue Synagogen, jüdische Kindergärten und Schulen hätten sich etabliert. „Es ist ein einzigartiger und wunderbarer Vertrauensbeweis und eine große Bereicherung für unser Land, dass jüdisches Leben nach dem Zivilisationsbruch der Schoah wieder aufblühen konnte.“ Die Kanzlerin betonte zugleich, es brauche „heute wieder mutige Menschen, die für unsere Werte eintreten, um in Frieden und Freiheit zusammenleben zu können“. Es gelte, entschlossen und deutlich gegen jede Form von Antisemitismus und Rassismus vorzugehen. „Wir dürfen nicht wegsehen, wenn Menschen auf der Straße angepöbeln oder tätlich angegriffen werden, weil sie eine Kippa tragen.“ Dabei handle es sich immer auch um Angriffe auf die ganze deutsche Gesellschaft. Bundespräsident Frank-Walter Steinmeier schrieb in seiner Grußbotschaft: „Ich blicke dankbar zurück auf Begegnungen mit der jüdischen Gemeinschaft in Deutschland.“ Als Beispiele nannte er die Feier zum 40-jährigen Bestehen der Hochschule für Jüdische Studien in Heidelberg und das gemeinsame Entzünden der Chanukka-Lichter. „All das sind Zeichen der Versöhnung und Versprechen auf Zukunft für uns alle.“ Sein Rückblick auf das Jahr sei aber nicht ungetrübt, so Steinmeier und verwies auf die jüngsten Übergriffe auf Rabbiner in mehreren Städten. „Die wachsende Zahl antisemitischer Übergriffe in unserem Land entsetzt mich ebenso wie die große Mehrheit der Menschen in unserem Land.“ Gewünscht sei ein „starkes und selbstbewusstes jüdisches Leben“ in Deutschland. „Wer es angreift oder beleidigt, greift uns alle an.“ Der Bundespräsident betonte: „Mit dem wiederauflebenden Antisemitismus werden wir uns niemals abfinden. Ihn werden wir bekämpfen - in unserem Land ebenso wie als Europäer in Europa.“ Es sei eine Frage der Selbstachtung, jüdisches Leben hierzulande zu schützen. Der Vorsitzende der Deutschen Bischofskonferenz, Kardinal Reinhard Marx, übermittelte Friedens- und Segenswünsche an den Präsidenten des Zentralrats der Juden in Deutschland, Josef Schuster, zum Start des Jahres 5780 des jüdischen Kalenders. Er erinnerte an den 80. Jahrestag des Beginns des Zweiten Weltkriegs. Die Ermordung der europäischen Juden sei untrennbar mit der Geschichte dieses Krieges verbunden. „Doch die Schoah war nicht Folge von Kriegshandlungen oder der Besatzungspolitik. Es war der Hass auf das jüdische Volk und das Judentum, der die Mordaktionen leitete, ein Hass ohne Gleichen.“ Es habe Christen gegeben, die unter Einsatz ihres Lebens Widerstand geleistet und Juden gerettet hätten. „Doch die meisten Christen haben sich gleichgültig gegenüber dem Leid der Juden verhalten; nicht wenige haben sich an den Verbrechen beteiligt. Die Erinnerung daran erfüllt mich und viele andere heute mit Scham“, so Marx. Zugleich beklagte der Kardinal eine Zunahme antisemitischer Einstellungen. Er appellierte an Religionslehrer und die Verantwortlichen für das katholische Schulwesen, der Auseinandersetzung mit antisemitischen Vorurteilen „größere Aufmerksamkeit im Unterricht und im Schulleben zu widmen“. Weitere Grußworte gab es auch auf Ebene der Bistümer und Landeskirchen. So wandten sich der Berliner Erzbischof Heiner Koch und der evangelische Bischof Markus Dröge an die Jüdischen Gemeinden in Berlin und Brandenburg. Die fünf katholischen Bischöfe in Nordrhein-Westfalen übermittelten eine gemeinsame Grußbotschaft. Der Vorsitzende des Zentralrats der Muslime, Aiman Mazzyek, wünschte auf dem Kurznachrichtendienst Twitter seinen „jüdischen Freunden ein gutes, friedliches Jahr 5780“. (kna öki 24.09.2019)
- **Mehr als 130.000 sephardische Juden aus aller Welt wollen die spanische Staatsbürgerschaft.** Wie aus übereinstimmenden internationalen Medienberichten hervorgeht, gingen vor allem aus Lateinamerika entsprechende Anträge ein - die meisten aus Mexiko, Venezuela und Kolumbien. Bereits 2015 hatte das Parlament in Madrid zur „Wiedergutmachung einer historischen Schuld“ beschlossen, den Nachfahren der vor mehr als 500 Jahren von den „Katholischen Königen“ aus Spanien vertriebenen Juden, den sogenannten Sepharden, auf Wunsch die spanische Staatsbürgerschaft zuzuerkennen. Ende September lief nun die verlängerte Antragsfrist ab. Isabella I. und Ferdinand II. hatten die Juden 1492 nach der Rückeroberung der Iberischen Halbinsel von den Muslimen vor die Wahl gestellt, zum katholischen Glauben überzutreten oder das Land zu verlassen. Viele Sepharden entschieden sich damals fürs Auswandern. Die Mehrheit der Antragsteller stammt laut den Berichten aus Lateinamerika, vor allem aus Mexiko. Mehr als die Hälfte der Anträge wurde im September kurz vor Ablauf der Frist eingereicht. Antragsteller mussten demnach Kenntnisse der spanischen Sprache, Geschichte und Verfassung nachweisen sowie ihre Abstammung von 1492 vertriebenen Juden belegen. Wie viele Anträge bislang bewilligt wurden, teilte das Ministerium nicht mit. In den meisten sephardischen Familien wurde über Generationen und Jahrhunderte hinweg die Verbindung zur spanischen Kultur gepflegt. Einige

besitzen zur Erinnerung an die Heimat ihrer Ahnen noch die Schlüssel zu den Häusern, aus denen ihre Vorfahren vertrieben worden waren. Nach Schätzungen gibt es heute weltweit 3,5 Millionen Sepharden. (kna öki 08.10.2019)

- **Zwei antisemitische Ausfälle gegen jüdische Schüler an staatlichen Schulen in Melbourne bewegen Australien.** Der Vorsitzende der staatlichen Antidiffamierungskommission, Dvir Abramovich, sprach laut dem Portal „News.com.au“ von der „Spitze eines Eisbergs“. Antisemitismus von Schülern habe bereits „zu einem Exodus jüdischer Menschen aus dem öffentlichen Schulwesen geführt“. Abramovich nannte als Beispiele Gewalt, Beleidigungen und Spott, vorurteilsbeladene Witze, soziale Ausgrenzung, herabwürdigende Textnachrichten und bösartige Facebook-Postings. Ein Sprecher des Bildungsministeriums sagte „News.com.au“, Antisemitismus habe in Australiens Gesellschaft und Schulen „keinen Platz“; solche Vorfälle würden sehr ernst genommen. Die Schulleitungen hätten die Vorfälle nicht als Antisemitismus, sondern als „normales Mobbing“ gewertet, wie es unter Jugendlichen dieses Alters üblich sei, sagten die Eltern der beiden betroffenen Jungen dem Portal „Australian Jewish News“. In einem Fall war ein zwölfjähriger Junge von neun Mitschülern gezwungen worden, die Schuhe eines Muslims zu küssen. Ein Video des Vorfalls wurde ins Internet gestellt. Im zweiten Fall wurde ein Fünfjähriger über vier Monate von Mitschülern antisemitisch beschimpft. Ihr Sohn sei durch die Schikane zum Bettnässer geworden, sagte die Mutter laut dem Bericht. Er habe ihre Trostversuche mit den Worten zurückgewiesen: „Mama, du solltest mich nicht lieben. Ich bin eine wertlose jüdische Ratte. Ich bin ungeziefer.“ Laut jüngster Volkszählung lebten 2016 in Australien 91.000 Juden. Schätzungen gehen aber von mehr als 150.000 aus, da die Angabe der Religion auf Freiwilligkeit beruhte. Die meisten australischen Juden leben in Sydney und Melbourne. (kna öki 08.10.2019)
- **„Es war furchtbar. Ehrlich gesagt wussten wir nicht, ob wir lebend aus der Synagoge rauskommen.“** Noch sichtlich bewegt erzählt der Vorsteher der jüdischen Gemeinde zu Halle, Max Privorozki, von dem Anschlag auf das jüdische Gotteshaus vom Vortag. Mit 60 Gläubigen hatte er dort den höchsten jüdischen Feiertag Jom Kippur begangen, als ein schwer bewaffneter Mann vergeblich versuchte, in die Synagoge einzudringen. Anschließend erschoss er zwei Menschen. „Jetzt brauchen wir erstmal ein bisschen Zeit für uns - wenn die ganzen Journalisten und Politiker weg sind.“ Am Tag nach dem Anschlag gleicht die Humboldtstraße, in der die Synagoge steht, einem Taubenschlag. Bei strahlendem Sonnenschein haben sich mehrere hundert Menschen zu einer Mahnwache eingefunden. Stumm legen sie Blumen und Kerzen nieder. Zahlreiche Journalisten tummeln sich. Polit-Prominenz ist da: Bundespräsident Frank-Walter Steinmeier kommt zusammen mit dem Präsidenten des Zentralrats der Juden, Josef Schuster. Sachsen-Anhalts Ministerpräsident Reiner Haseloff (CDU) ist da, ebenso Bundesinnenminister Horst Seehofer (CSU). Nach einem Besuch der Synagoge spricht Steinmeier von einem „Tag der Scham und der Schande“. Er betont, es reiche nicht, den „feigen Anschlag“ zu verurteilen: „Die gesamte Gesellschaft muss Haltung zeigen und entschiedene Solidarität mit den jüdischen Mitmenschen in unserem Land- nicht nur nach Ereignissen wie diesen.“ Wer jetzt „noch einen Funken Verständnis“ zeige für Rechtsextremismus, der mache sich mitschuldig. Igor Matviyets trägt seine Kippa nur selten in Öffentlichkeit, aus Sorge vor Anfeindungen. Doch nun steht der 28-Jährige mit jüdischer Kopfbedeckung vor der Synagoge. Nein, er sei am Vorabend nicht dort gewesen, erklärt er und erzählt, wie geschockt er war, als ihn erste Nachrichten von dem Anschlag erreichten: „Ich habe das Schlimmste befürchtet. Unsere Gemeinde ist ja klein, und ich kenne fast alle.“ Knapp 600 Mitglieder sind es derzeit. Die große Solidarität, die seine Gemeinde jetzt aus Politik und Gesellschaft erfährt, sieht der junge Mann indes mit gemischten Gefühlen: „Anteilnahme ist schon richtig, aber wer sich überrascht zeigt, hat sich nicht wirklich mit dem jüdischen Leben in Deutschland beschäftigt.“ Dass an Jom Kippur kein Polizeischutz vor Ort war, sorgt für breite Kritik. Gemeindevorsteher Privorozki sagte: „Ich sehe ein generelles Defizit beim Schutz jüdischer Einrichtungen in Sachsen-Anhalt.“ Viele, die zur Mahnwache gekommen sind, empfinden neben Trauer auch Wut. „Denn das ist nicht nur diese eine Tat, sondern es steht ja was dahinter“, sagt der Kirchenmusikstudent Benjamin Leins und verweist auf einen Wandel des gesellschaftlichen Klimas, wo Populisten Hass schürten und versuchten, Rassismus wieder salonfähig zu machen. Ähnlich sieht es Mia Kugelmann, die mit Blumen zur Synagoge gekommen ist: „Es heißt immer, dass es in Deutschland einen leichten Rechtsruck gebe - aber jetzt sehen wir: Es ist nicht nur ein leichter. Wann werden endlich Konsequenzen gezogen?“ Am Abend findet in der nahen Sankt Pauluskirche ein Friedensgebet und ein Gedenkmarsch zur Synagoge statt. Die Kirchen in Halle planen zudem einen zentralen Gedenkgottesdienst. Am Sonntag wurde in den Gottesdiensten der Opfer gedacht. Es sei wichtig, den traumatisierten Menschen einen Ort zu geben, das Geschehene zu verarbeiten, so der katholische Propst Reinhard Hentschel. Nach dem Anschlag hatte die Polizei alle Gläubigen aus der Synagoge evakuiert und ins Sankt Elisabeth und Sankt Barbara Krankenhaus gebracht, wo sich auch der katholische Krankenhausseelsorger

Reinhard Feuersträter um sie kümmerte. „Das war schon ganz erstaunlich: Wir haben dann zusammen das Fastenbrechen zum Ende des Jom Kippur gefeiert - Und es war so beeindruckend, wie diese Menschen ganz bewusst das Leben gefeiert und sich gehalten haben. (kna öki 15.10.2019)

- **Liberaler Rabbiner in Deutschland haben den Zeitpunkt des für 2020 geplanten Tests für Medizinische Studiengänge (TMS) als diskriminierend kritisiert.** Hintergrund ist, dass der bundesweite und einmal im Jahr durchgeführte Test für einen Samstag angesetzt ist, der im Judentum der Ruhetag Schabbat ist. Darauf wies der Vorsitzende der Allgemeinen Rabbinerkonferenz Deutschlands (ARK), Andreas Nachama, in einem Brief an die Kultusministerkonferenz hin. Darin nennt der Rabbiner die Terminierung auf Samstag (9. Mai) eine Diskriminierung jüdischer Studienbewerber wegen ihrer religiösen Anschauungen beziehungsweise ihrer religiösen Praxis. „Der Schabbat ist ein Tag der Ruhe; das jüdische Religionsgesetz fordert, dass jegliche produktive Arbeit unterlassen werden soll. Dazu gehört auch das Schreiben.“ Der Test für medizinische Studiengänge könne die Zulassungschancen zum Medizinstudium verbessern, so die Rabbiner. „Ab 2020 gilt zudem für die Vergabe der Studienplätze, dass die Abiturnote an Bedeutung verlieren und der TMS an Bedeutung gewinnen wird.“ Für Juden, die den Schabbat einhalten wollten, sei eine Teilnahme an diesem Test „grundsätzlich“ nicht möglich; einen Ersatztermin gebe es nicht. Diese Praxis verstoße gegen die europarechtlichen Antidiskriminierungsrichtlinien. Die ARK forderte die Mitglieder der Kultusministerkonferenz auf, sich dafür einzusetzen, „dass für Angehörige der jüdischen Religionsgemeinschaft ein chancengleicher Bildungszugang gewährleistet wird, sei es nun durch eine andere Terminierung oder durch Ersatztermine“. (kna öki 15.10.2019)
- **Die beiden großen Kirchen in Thüringen lassen für die Jüdische Landesgemeinde eine neue Tora-Rolle von Hand anfertigen.** Wie das Bistum Erfurt und die Evangelische Kirche in Mitteldeutschland ankündigten, erfolgt am 23. Oktober im Rahmen einer feierlichen Zeremonie in der Synagoge in Erfurt das Schreiben des erstens Buchstabens. Am Vortag feiern die Juden „Simchat Tora“, den Tag der Freude an der Tora. Für die Fertigstellung sind zwei Jahre veranschlagt. Die Tora umfasst die ersten fünf Bücher der hebräischen Bibel und gilt den Juden als ihr wichtigster Teil. Im Oktober 2020 startet ein Themenjahr „Neun Jahrhunderte jüdisches Leben in Thüringen“, das vom Freistaat organisiert wird. (kna öki 15.10.2019)
- **Der evangelische Theologe Christoph Marksches hat die Kirchen zu verstärkten Anstrengungen gegen Antisemitismus aufgerufen.** „Ich bin überzeugt, dass wir zunächst im eigenen Hause aufräumen sollten“, schrieb der Leiter des Berliner Instituts „Kirche und Judentum“ in der Mitteldeutschen Kirchenzeitung „Glaube+Heimat“. „Denn es gibt in den christlichen Kirchen nicht nur eine unselige Tradition der Judenfeindschaft, sondern nach wie vor schlimme Entgleisungen.“ Als Beispiele führte Marksches an, dass manche Christen den ersten Teil der Bibel, das Alte Testament, als „Dokument einer fremden Religionsgemeinschaft“ bezeichnen. „Andere halten sich für Experten im Nahostkonflikt und meinen zu wissen, dass der Versuch, dem in Europa verfolgten und bedrängten jüdischen Volk anderswo eine sichere Heimstatt zu verschaffen, den Geburtsfehler des Nationalismus in sich trug.“ Gegenüber „solch absurden Positionen“ müssten die Kirchen viel stärker einschreiten, so Marksches. „Durch die Ereignisse von Halle ist hoffentlich nun noch mehr Menschen deutlich geworden, was man schon hätte seit Jahren sehen können: Christenmenschen gehören an die Seite ihrer jüdischen Geschwister.“ (kna öki 22.10.2019)
- **Es war nur kurz nach dem Ende des Zweiten Weltkriegs und der Schoah, als Juden und Christen in Deutschland eine neue Zusammenarbeit vereinbarten.** Vor 70 Jahren, am 10. November 1949, wurde der Deutsche Koordinierungsrat der Gesellschaften für Christlich-Jüdische Zusammenarbeit (DKR) mit Sitz in Bad Nauheim gegründet. Dieses Ereignis feierten Vertreter der beiden großen Kirchen, der jüdischen Gemeinschaft und der Politik in Frankfurt. Es war keine ganz unbeschwerte Veranstaltung - rund zweieinhalb Wochen nach dem Anschlag auf eine Synagoge in Halle, bei dem auch zwei Menschen auf der Straße und in einem Imbiss starben. So stand der Festakt durchaus im Zeichen dieser tödlichen Attacke, wengleich die Redner und Gäste immer wieder die Solidarität von Nichtjuden betonten - und durch ihr Miteinander an diesem Tag klar demonstrierten. „Die Aufgaben liegen auf dem Tisch“, sagte die neu gewählte Generalsekretärin des DKR, Ilona Klemens, der KNA. Sie meint den Kampf gegen Antisemitismus, den sich die 80 regionalen Einzelgesellschaften auch weiter auf die Fahnen schreiben müssten. Dabei solle das Augenmerk auch auf die Umtriebe im Internet gelegt werden. Ihr Vorgänger Rudolf W. Sirsch, der nach 19 Jahren im Amt am Samstag zum 1. Dezember in den Ruhestand verabschiedet worden war, hatte sich im KNA-Interview ebenfalls deutlich positioniert: „Keine Sonntagsreden mehr!“ Politik und Sicherheitsbehörden müssten dafür sorgen, dass jüdische Gemeinden in

Deutschland besser geschützt würden. Bundestagspräsident Wolfgang Schäuble nannte es in seiner Festrede im Frankfurter Römer denn auch eine „Schande“, dass viele Juden hierzulande schon lange keine Sicherheit mehr spürten. Die Empörung war Schäuble deutlich anzumerken. Der Anschlag in Halle habe gezeigt, „wie dünn das Eis ist, auf dem wir uns bewegen“. Offensichtlich sei man in Deutschland - im 70. Jahr des Grundgesetzes – „nicht so weit gekommen in der Verteidigung unserer Werte, wie wir hofften“. Die Menschen seien zu einer hohen Sensibilität und Wachsamkeit mit Blick auf „wachsende antisemitische Tendenzen“ verpflichtet, betonte Schäuble. Zugleich sagte er, dass nicht jede Kritik an der israelischen Regierung unter Antisemitismusverdacht gestellt werden dürfe. „Es braucht das richtige Maß“: Konsequenz im Schutz von Juden, Verfolgung von Straftaten und im offensiven Vertreten von Wertmaßstäben. Aber man solle sich die Fähigkeit zu differenzieren bewahren. „Denn auch der Kampf gegen Antisemitismus lässt sich politisch instrumentalisieren - so unabdingbar er ist.“ Wie wichtig das Gespräch, der Austausch sind, unterstrichen die Redner auf dem Festakt. Und auch der langjährige jüdische Präsident des DKR, der mittlerweile 92 Jahre alte Rabbiner Henry G. Brandt, pochte kürzlich in der „Jüdischen Allgemeinen“ auf die Kostbarkeit des Gesprächs: „Der Antisemitismus zeigt wieder seine Fratze.“ Ein Zusammenwirken der jüdischen Gemeinschaft und der christlichen Kirchen sei im gemeinsamen Kampf dagegen notwendig. Diesen Kampf haben die Gesellschaften für Christlich-Jüdische Zusammenarbeit in den vergangenen 70 Jahren geführt. Deren Wirken habe „reiche Früchte“ getragen, sagte der katholische Bischof Ulrich Neymeyr, Vorsitzender der Unterkommission für die religiösen Beziehungen zum Judentum der Deutschen Bischofskonferenz. Und der Präsident des Zentralrats der Juden, Josef Schuster, betonte, dass die Gesellschaften seit Jahrzehnten an der Seite der Juden stünden. Vor 70 Jahren hätten mutige und kluge Frauen und Männer das Fundament für ein „Haus des Dialogs der beiden Religionen“ gelegt. „Heute muss ich sagen: Sie waren Visionäre.“ (kna öki 29.10.2019)

- **Knapp vier Wochen nach dem Anschlag auf die Synagoge von Halle haben Rabbiner und katholische Bischöfe zu mehr Engagement gegen Antisemitismus aufgerufen.** Die Attacke sei nur die Spitze eines Eisbergs, sagte der Erfurter Bischof Ulrich Neymeyr in Berlin. Er fügte hinzu, es sei „bitternötig, die christlichen Wurzeln des Antijudaismus zu bekämpfen“. Alle Katholiken müssten wissen, dass ihre Kirche die Juden als das Volk Gottes sehe, das mit Gott in einem ungekündigten Bund lebe. „Papst Johannes Paul II. hat die Juden bewusst als unsere älteren Brüder angesprochen.“ Neymeyr ist Vorsitzender der Unterkommission der Deutschen Bischofskonferenz für die religiösen Beziehungen zum Judentum. Der Frankfurter Rabbiner Avichai Apel betonte, gerade in schwierigen Zeiten, in denen das gegenseitige Vertrauen auf eine harte Probe gestellt werde, gelte es, das Bemühen um den Dialog und das gegenseitige Verständnis zu verstärken. Neymeyr und Apel äußerten sich auf der ersten gemeinsamen Fachtagung von Bischofskonferenz und der Orthodoxen Rabbinerkonferenz Deutschlands zu aktuellen Fragen des theologischen Dialogs zwischen Kirche und Judentum. Seit mehreren Jahren gibt es bereits regelmäßige Gespräche zwischen Rabbinern und der katholischen Kirche. Im Mittelpunkt der Fachtagung standen die Erklärung *Nostra aetate* des Zweiten Vatikanischen Konzils zum Verhältnis zwischen katholischer Kirche und nicht-christlichen Religionen, die 2015 von der Päpstlichen Kommission für die religiösen Beziehungen zum Judentum veröffentlichte Erklärung „Denn unwiderruflich sind Gnade und Berufung, die Gott gewährt (Röm 11,29). Reflexionen zu theologischen Fragestellungen in den katholisch-jüdischen Beziehungen aus Anlass des 50-jährigen Jubiläums von *Nostra aetate* (Nr. 4)“ sowie ein vom Israelischen Oberrabbinat und führenden Vereinigungen orthodoxer Rabbiner in Europa und Nordamerika vorgelegtes Papier mit dem Titel „Zwischen Jerusalem und Rom. Gedanken zu 50 Jahre *Nostra aetate*“, Aus Sicht der Konferenzteilnehmer bedürfen die Erklärungen einer vertiefenden Debatte. Dazu gehörten eine Klärung des historisch belasteten Begriffs der Judenmission sowie Überlegungen für die weitere Ausgestaltung des Dialogs. Weiter mahnten die Teilnehmer eine intensive Erinnerungskultur und eine Verwurzelung des jüdisch-katholischen Dialogs in Pfarrgemeinden, Bildungseinrichtungen und der theologischen Ausbildung für angehende Priester und Rabbiner an. Der Provinzial der Schweizer Jesuiten, Christian Rutishauser (Zürich), würdigte das Dokument der Päpstlichen Kommission als ersten Text seit dem Konzil, das sich ganz systematisch theologischen Fragen widmet. „Hier werden 50 Jahre von vertieftem Dialog deutlich, von verlässlichen Partnern und Freunden, die auch Irritationen im Dialog fruchtbar machen können.“ Die zentrale Frage sei, wie die Glaubensüberzeugung vom „ungekündigten Bund“ Gottes mit Israel mit dem Glauben an Jesus als Mittler des Heils für alle Menschen zusammengehen könne. „Wir brauchen einen Dialog, aber keine Mission“, so Rutishauser. Die Würzburger katholische Alttestamentlerin Barbara Schmitz betonte, nach dem Anschlag von Halle reiche es nicht, nur auf politisches und zivilgesellschaftliches Engagement zu verweisen, „sondern es muss für uns als Kirche auch um die theologische Aufarbeitung struktureller und auch

institutionell gebundener antijüdischer Stereotype und ihrer Wirkmacht in der kirchlichen Gegenwart von heute gehen“. (kna öki 05.11.2019)

- **Nach dem Wahlerfolg der AfD in Thüringen und dem rechtsterroristischen Angriff auf die Synagoge von Halle ist die Stimmung in Deutschlands jüdischen Gemeinden nach Beobachtung von Rabbiner Walter Homolka deprimierter geworden.** „Die Vorkommnisse von Halle sind als Zäsur zu werten“, sagte der Geschäftsführende Direktor der School of Jewish Theology der Universität Potsdam in Berlin. In den vergangenen 20 Jahren habe sich in Deutschland „eine beeindruckende Renaissance des jüdischen Lebens ergeben: Wir sind immer davon ausgegangen, das Glas ist halbvoll“, so Homolka. Aus Sicht des Rabbiners wird sich in den nächsten Monaten zeigen, ob sich junge Juden weiter vorstellen könnten, in Deutschland zu leben - oder ob sie in Zeiten des Fachkräftemangels ihre Zukunft als gut ausgebildete Menschen anderswo suchten. Der Bamberger Erzbischof Ludwig Schick beklagte eine grundsätzliche Verrohung der Gesellschaft. „Wir brauchen eine Neubesinnung auf Respekt und gegenseitige Anerkennung“, sagte Schick. Das gelte für alle drei Weltreligionen. Schick und Homolka äußerten sich beim 12. Hohenschönhausen-Forum der CDU-nahen Konrad-Adenauer-Stiftung und der Stiftung Gedenkstätte Berlin-Hohenschönhausen. (kna öki 05.11.2019)
- **Vor dem Hintergrund neuer antisemitischer Bedrohungen in Italien beklagt die Vorsitzende der Union der Jüdischen Gemeinden, Noemi Di Segni, eine fehlende Aufarbeitung der Vergangenheit.** Die Italiener müssten „darauf reagieren, was sie sich selbst angetan haben mit der Unfähigkeit, ein kollektives Gedächtnis zu pflegen - nicht für die deportierten Juden, sondern für Italien selbst und das Erbe des Faschismus“, sagte sie der Zeitung „Avvenire“. Rechtsextreme Gruppen in Italien könnten ungestört antisemitisch tätig sein, ohne dass sie jemand wegen Rechtfertigung des Faschismus strafrechtlich belange, so Di Segni. Dass die 89-jährige Auschwitz-Überlebende und Senatorin Liliana Segre nur unter Polizeischutz ausgehen könne, zeige „den Grad des Wahnsinns, in dem unser Land lebt“. Italien sei „in einen absoluten Abgrund gestürzt“. Viele Gruppen der extremen Rechten feierten in diesen Tagen Mussolinis „Marsch auf Rom“; dies geschehe „mit dem mehr oder weniger ausdrücklichen Rückhalt einiger parlamentarischer Gruppen“, so Di Segni. Dabei gehe es nicht um eine Wiederbegründung der faschistischen Partei, sondern um das politische Klima und den Einfluss auf die Jugend. Die Vorsitzende der Union der Jüdischen Gemeinden kritisiert in dem Zusammenhang Defizite der Schulbildung. Auch bei zu vielen Vertretern des öffentlichen Lebens mangle es an Kenntnis und Bewusstsein der italienischen Geschichte. (kna öki 12.11.2019)
- **An der Hochschule für Jüdische Studien in Heidelberg und an der Fachhochschule Erfurt ist der neue Studiengang „Jüdische Soziale Arbeit“ gestartet.** Für das berufsbegleitende Angebot haben sich 30 Studierende eingeschrieben, wie die Hochschulen mitteilten. Das neue Angebot richte sich an Mitglieder von jüdischen Gemeinden und qualifiziere für die Arbeit in Bildungsinstitutionen, Jugendverbänden sowie für das Sozial- und Gesundheitswesen. Das auf sieben Semester angelegte Bachelor-Studium verbindet Theorie und Praxis, etwa aus den Bereichen Psychologie, Pädagogik, Recht und Ökonomie. Absolventen erhielten „ganzheitliche Handlungskompetenz an den Schnittstellen von Ökonomie, öffentlicher Verwaltung sowie von sozialen Problemstellungen“, erklärten die wissenschaftlichen Leiter des Studienprogramms, Doron Kiesel, Wissenschaftlicher Direktor der Bildungsabteilung des Zentralrats der Juden in Deutschland, und Esther Weitzel-Polzer von der Fachhochschule Erfurt. Finanziell getragen wird das neue Angebot vom Zentralrat der Juden in Deutschland. (kna öki 19.11.2019)
- **Der Antisemitismusbeauftragte der Bundesregierung, Felix Klein, hat mehr Anstrengungen zur Bekämpfung von Antisemitismus gefordert.** Der Anschlag auf die Synagoge in Halle sei ein Einschnitt gewesen, erklärte Klein vor Journalisten in Berlin. Die Bedrohung könne nun von niemandem mehr geleugnet werden. Judenfeindlichkeit sei so sichtbar, dass sie nach neuen Strategien verlange. Konkret plädierte Klein für mehr Präventionsarbeit in Schulen und entsprechende Fortbildungen für Lehrer. Juden dürften in Schulbüchern nicht nur als Opfer und Verfolgte in der Zeit des Nationalsozialismus dargestellt werden, sondern es müssten auch die großen kulturellen und politischen Leistungen von Juden herausgestellt werden. Weiter betonte er, die politische Sensibilität von Juristen müsse verbessert werden. Klein schlug etwa Besuche für Referendare im Haus der Warmseekonferenz in Berlin vor. Er lobte, dass es inzwischen in 14 Bundesländern Antisemitismusbeauftragte gäbe. Zudem warb Klein dafür, den Paragraphen 46 Absatz 2 im Strafgesetzbuch um den Begriff Antisemitismus zu erweitern. In dem Paragraphen wird dem Gericht zugesprochen, bei der Bemessung der Strafe nach den Umständen abzuwägen, die für oder gegen den Täter sprechen. (kna öki 19.11.2019)

- **Für 2021 ist in Deutschland ein großes jüdisches Jubiläumsjahr geplant.** 321 nach Christus, und damit vor 1. 700 Jahren, wurde erstmals jüdisches Leben im Gebiet des heutigen Deutschlands dokumentiert, wie aus einem Edikt von Kaiser Konstantin hervorgeht. Die deutschen Antisemitismus-Beauftragten sehen in dem Jubiläumsjahr eine besondere Gelegenheit, die viele Jahrhunderte alte Beziehung zwischen Juden und Christen neu ins Bewusstsein zu heben, hieß es in München. Dort hatte zwei Tage lang die Bund-Länder-Kommission der Antisemitismus-Beauftragten getagt. Es gehe darum, die Vielfalt des jüdischen Lebens in Deutschland heute sichtbar zu machen, betonten die beiden Co-Vorsitzenden Felix Klein und Ludwig Spaenle (CSU). Juden prägten die bundesdeutsche Gesellschaft auch in der Gegenwart sozial und kulturell mit. Der Geschäftsführer des eigens für das Jubiläumsjahr gegründeten Vereins, Andrei Kovacs, verriet bereits erste Programmpunkte. So soll es am 21. Februar 2021 einen Festakt anlässlich des Edikts geben, zu dem auch der Bundespräsident angefragt sei. Zu den geplanten Leuchtturmprojekten zähle zudem ein bundesweites Laubhüttenfest. (kna öki 26.11.2019)

2. Aus der jüdischen Welt – Israel

- **In Israel ist die Kirche der Verklärung auf dem Berg Tabor knapp einer Katastrophe durch einen Waldbrand entgangen.** Zwölf katholische Ordensmänner seien evakuiert worden, während Feuerwehrleute rund zehn Stunden mit den Flammen kämpften, berichten israelische Medien. Der markant aus der Jesreel-Ebene herausragende, rund 588 Meter hohe Berg Tabor ist laut christlicher Überlieferung der Ort der Verklärung Jesu Christi. Im Beisein der Jünger Petrus, Jakobus und Johannes habe sich Jesus dort als weiße Lichtgestalt offenbart, berichtet das Neue Testament. Die Franziskaner-Kustodie, die im Auftrag des Vatikans die christlichen Stätten im Heiligen Land versorgt, wirft den israelischen Behörden Untätigkeit vor. Seit Jahren habe man vergeblich verlangt, dass das Kloster an die öffentliche Wasserversorgung angeschlossen wird. Eine Antwort oder gar Umsetzung sei nie erfolgt. (kna öki 30.07.2019)
- **Bei Grabungen im nordisraelischen Al-Araj am See Genezareth haben Archäologen möglicherweise den Geburtsort des Apostels Petrus gefunden.** Die Funde einer großen byzantinischen Kirche neben Überresten einer römischen Siedlung bestärkten die These, dass es sich bei Al-Araj um die antiken Städte Bethsaida und Julias und damit um die Heimatstadt der Apostel Petrus, Philippus und Andreas handle, heißt es in einer Mitteilung des an den Grabungen beteiligten „Center for the Study of Ancient Judaism and Christian Origins“ (CSAJCO) in New York. Andere archäologische Theorien halten das zwei Kilometer weiter nördlich in den Golanhöhen gelegene Et-Tell für das biblische Bethsaida. Die in Al-Araj gefundene Kirche passt nach Einschätzung der zuständigen Forscher des israelischen Kinneret Academic College und des CSAJCO zu jener Kirche, die Bischof Willibald von Eichstätt in seinen Aufzeichnungen zu seinem Besuch am See Genezareth im Jahr 725 nach Christus beschreibt. Damals sei er auf dem Weg von Kapernaum nach Kursi auf eine über der Wohnstätte von Petrus und Andreas errichtete Kirche gestoßen. Bei der in Al-Araj entdeckten Kirche handle es sich um die einzige bisher gefundene Kirche zwischen beiden Orten, sagte der leitende Archäologe, Mordechai Aviam vom Kinneret Academic College der Tageszeitung „Haaretz“. Ferner sei die Kirche nahe der römischen Siedlung gefunden worden und passe daher zur Verortung von Bethsaida durch den Geschichtsschreiber Flavius Josephus. Es gebe keinen Grund, die historische Überlieferung infrage zu stellen, sagte Steven Notely vom CSAJCO der Zeitung. Bisher legten die Forscher die südlichen Räume der Kirche frei, die zu einem Klosterkomplex gehörte. Gefunden wurden u.a. Bodenmosaiken, gläserne Mosaiksteine sowie Teile einer marmornen Chorschranke. Die Funde deuten laut Mitteilung auf eine große und reich ausgestattete Kirche hin. Die Grabungen ergaben demnach ferner, dass das antike jüdische Dorf sich über eine größere Fläche als angenommen erstreckte. Zudem fanden die Archäologen Überreste eines römischen Privathauses aus dem 1. bis 3. Jahrhundert. Geologische Untersuchungen wiesen darauf hin, dass zahlreiche Häuser unter den Erosionen des Jordans begraben seien, hieß es. Bei früheren Grabungen hatten die Archäologen neben weiteren Funden aus frühchristlicher Zeit auch einen 300 Kilogramm schweren Basaltblock mit drei eingearbeiteten Fächern gefunden. Nach Einschätzungen Aviams könnte es sich um ein Reliquiar für die Apostel Petrus, Andreas und Philippus handeln. (kna öki 30.07.2019)
- **Welchen gemeinsamen Nenner haben Juden weltweit, und wie kann eine Einheit des jüdischen Volkes in Vielfalt aussehen?** Solchen Fragen gehen derzeit 36 Denker von sechs Kontinenten und verschiedenen Strömungen des Judentums nach. Am Ende des Projekts der „Genesis Philanthropy Group“ und des israelischen Diasporaministeriums soll eine „Deklaration unseres gemeinsamen Schicksals“, eine Art „Roadmap“ für die Zukunft des Judentums stehen.

Ein erster Entwurf wurde in Jerusalem vorgestellt - mit Israels Präsident Reuven Rivlin in dessen Residenz. Es geht um Einheit, aber ebenso um Unterschiede. „Wir, das jüdische Volk, die Nachfahren von Abraham und Sarah und all jene, die im Laufe der Generationen zum Judentum konvertiert sind, sind an diesem Tag zusammengekommen, um einen erneuerten Bund zu erklären“, heißt es in der Einleitung des Entwurfs. In groben Schritten erläutert er, wie das jüdische Volk gestärkt werde und welche Rolle es in der Welt spielen sollte. Noch ist das Schreiben vage. Konkrete Vorschläge, wie die Ziele erreicht werden könnten, fehlen. „Die richtige Arbeit beginnt jetzt“, sagt Mike Samuel Delberg. „Nach weiteren Diskussionen der Gelehrten wollen wir das Dokument in alle Gemeinden tragen und diskutieren, um so viele Meinungen wie möglich zu hören“, so der Repräsentant der Jüdischen Gemeinde zu Berlin, der an dem Entwurf mitgewirkt hat. „Festschreiben, was uns eint, statt das Trennende zu betonen“, sei das Hauptanliegen der Deklaration. Und dass sich führende jüdische Denker, Rabbiner und Aktivisten „von orthodox bis reformjüdisch“ an dem Projekt beteiligen, zeige die Wichtigkeit des Anliegens. Am Ende, so Delberg, soll „eine Art Gesellschaftsvertrag“ stehen. Die Diversität als Stärke wahrzunehmen, darum geht es auch Rivlin, der die Schirmherrschaft des Projekts übernommen hat. „Das Wunder des jüdischen Volkes ist nicht, dass wir über tausende Jahre überlebt haben. Das Wunder ist, dass wir, obwohl wir über die ganze Welt verteilt sind, verschiedene Sprachen sprechen und verschiedene Traditionen entwickelt haben, immer ein Volk waren“, so Rivlin bei der Präsentation. Die erfolgreiche Integration jüdischer Gemeinschaften in ihre Heimatländer weltweit bringe jedoch neue Herausforderungen für die jüdische Identität und das jüdische Volk mit sich. Drei Dinge sind für Rivlin unabdingbar für eine Zukunft des jüdischen Volkes: der Erhalt der Grundwerte, Traditionen und Identität, der gegenseitige Respekt für die Unterschiede und eine gegenseitige Verantwortung füreinander. Bedrohungen des Judentums von außen dürfe man nicht außer Acht lassen, sagte Rabbinerin Sharon Brous aus Los Angeles unter Verweis auf Phänomene wie wachsenden „weißen Nationalismus“. Dies dürfe aber nicht dazu führen, die inneren Probleme zu übersehen. „Wir müssen definieren, wer wir sind und wer wir in der Welt sein wollen“, so Brous. Trotz des „Wunders der Geburt Israels“ gebe es Baustellen, etwa den wachsenden Graben zwischen Religiösen und Säkularen. Sie erwähnte zudem das Mit-sich-Ringen des Landes, um demokratisch zu bleiben. Aber auch wachsende Verhärtungen gegenüber Palästinensern oder Asylsuchenden. So wie Israel als „jüdischer und demokratischer Staat“ für das Überleben des jüdischen Volkes wesentlich sei, hänge das Überleben Israels von einem blühenden jüdischen Volk ab, betonte Rivlin die Bedeutung des Diasporajudentums für Israel. Von Jerusalem aus, so der Politiker, solle der Entwurf auf eine „jüdische Weltreise“ gehen, um den Dialog zwischen Gemeinden, Strömungen und Generationen zu eröffnen und dann - in einem Jahr - nach Jerusalem zurückzukehren. (kna öki 17.09.2019)

3. Personen

- **Judith Rohde (53), Sprecherin des Burgdorfer Arbeitskreises Gedenkweg 9. November, erhält in Hannover den Blickwechselfpreis 2019 des Vereins „Begegnung- Christen und Juden Niedersachsen“ (BCJ).** Damit werde ihr dauerhafter, vielfältiger und nachhaltiger Einsatz im christlich-jüdischen Gespräch gewürdigt, teilte der Verein in Burgdorf zur Begründung mit. In ihrer Funktion als Sprecherin des Burgdorfer Arbeitskreises habe sie sich immer wieder „für eine breitere und tiefere Kenntnis jüdischer Religion eingesetzt“. Die Laudatio hält die Landes-superintendentin des Sprengels Hannover der Evangelisch-lutherischen Landeskirche Hannovers, Petra Bahr. Der Blickwechselfpreis in Form eines Granatapfels wird seit 2007 verliehen. (kna öki 13.08.2019)
- **Cem Özdemir (53), ehemaliger Grünen-Chef, hat in der Frankfurter Paulskirche den Ignatz-Bubis-Preis für Verständigung erhalten.** Özdemir habe ein außergewöhnliches Engagement „zum Aufbau einer friedlichen Welt mit Offenheit und Toleranz vorgelebt“, hieß es zur Begründung. Die von der Stadt Frankfurt verliehene Auszeichnung ist mit 50.000 Euro dotiert. Die Auszeichnung ist nach dem früheren Präsidenten des Zentralrats der Juden benannt und wird alle drei Jahre verliehen. Zu den Preisträgern zählen der ehemalige Limburger Bischof Franz Kamphaus und Bundespräsident Frank-Walter Steinmeier. (kna öki 20.08.2019)
- **Rabbiner Andreas Nachama (67) wird in Berlin mit der Moses Mendelssohn Medaille ausgezeichnet.** Die Laudatio hält Kulturstaatsministerin Monika Grütters (CDU), wie die Konrad-Adenauer Stiftung mitteilte. Sie vergibt die Auszeichnung gemeinsam mit der Moses Mendelssohn Stiftung. Nachama ist seit 1994 geschäftsführender Direktor der Stiftung Topographie des Terrors, zum Jahresende geht er in den Ruhestand. Seit 2016 ist er zudem jüdischer Vorsitzender des Deutschen Koordinierungsrats der Gesellschaften für christlich-jüdische Zusammenarbeit. Seit

1993 wird die Moses Mendelssohn Medaille an Persönlichkeiten verliehen, die sich im Sinne und in der Tradition des Denkens von Moses Mendelssohn für Toleranz und Völkerverständigung und gegen Fremdenfeindlichkeit engagiert haben. Die Medaille ist nach dem deutschen Philosophen Moses Mendelssohn (1729- 86), einem Vertreter der Aufklärung, benannt. (kna öki 03.09.2019)

- **Rabbiner Henry G. Brandt (91) erhält den „Estrongo Nachama Preis für Toleranz und Zivilcourage 2019“.** Er nimmt die mit 10.000 Euro dotierte Auszeichnung in Berlin entgegen, wie die Meridian Stiftung bekanntgab. Der gebürtige Münchner Brandt wurde 2004 zum Gründungsvorsitzenden der Allgemeinen Rabbinerkonferenz gewählt; seit seinem Rückzug 2019 ist er Ehrevorsitzender auf Lebenszeit. Er gilt als wesentliche Stimme im jüdisch-christlichen sowie im jüdisch-muslimischen Dialog und betreut bis heute als Amtsrabbiner die Jüdische Kultusgemeinde Bielefeld. Der „Estrongo Nachama Preis für Toleranz und Zivilcourage“ wurde 2012 von der Stiftung begründet. Benannt ist er nach dem früheren Oberkantor der Jüdischen Gemeinde zu Berlin, Estrongo Nachama (1918-2000).(kna öki 03.09.2019)
- **Die katholische Laiengemeinschaft Sant'Egidio erhält den diesjährigen Moshe-Rosen-Preis der Konferenz der Europäischen Rabbiner (CER).** Wie der Sprecher der deutschsprachigen Konferenzmitglieder, Oliver Rolofs, in München mitteilte, wird die Auszeichnung am 24. Oktober in Rom an den Gründer von Sant'Egidio, Andrea Riccardi, übergeben. „Damit soll sein und der langjährige Einsatz von Sant'Egidio gegen Antisemitismus, Hass und Intoleranz sowie das Engagement für Religionsfreiheit und den interreligiösen Dialog ausgezeichnet werden“, hieß es. Sant'Egidio setzt sich besonders für Solidarität in der Gesellschaft, Frieden und Menschenrechte ein und fördert dies mit entsprechenden Projekten. Mehrfach konnte die Gemeinschaft bei internationalen Konflikten vermitteln und zu Versöhnung beitragen. Als Europäisches Rabbinat vertritt die CER nach eigenen Angaben über 700 Rabbiner von Dublin bis Wladiwostok und damit die größten jüdischen Gemeinden Europas. Die CER tritt für die religiösen Rechte der Juden in Europa ein. Sie engagiert sich zudem für Religionsfreiheit sowie den interkulturellen und interreligiösen Dialog mit Muslimen und Christen, „um so einer wachsenden Radikalisierung in der Gesellschaft entgegenzutreten“. Präsident der CER ist seit 2011 der Oberrabbiner von Moskau, Pinchas Goldschmidt. Der Preis ist benannt nach dem ehemaligen Oberrabbiner Rumäniens, der seine Gemeinschaft während der Jahre der kommunistischen Herrschaft vertrat und „durch große Selbstaufopferung geschützt hat“. Er soll Menschen ehren, die einen positiven Wandel der Gesellschaft bewirkt haben. (kna öki 15.10.2019)
- **Frank Ulrich Montgomery, Vorsitzender des Weltärztebundes, erhält die Josef-Neuberger-Medaille der Jüdischen Gemeinde Düsseldorf.** In seiner Amtszeit als Vorsitzender der Bundesärztekammer habe sich der Mediziner dafür eingesetzt, die NS- Vergangenheit der Kammer aufzuarbeiten, hieß es in der Begründung. Zudem habe Montgomery die Verbindung zur israelischen Ärztekammer aufgebaut. Der seit 1991 jährlich vergebene undatierte Preis ehrt Persönlichkeiten und Institutionen, die sich um die Förderung jüdischen Lebens, der Erinnerungskultur an nationalsozialistische Verbrechen und anderen wichtigen Fragen und Themen rund um die jüdische Gemeinde und den jüdischen Glauben verdient gemacht haben. (kna öki 19.11.2019).

4. Bücher

- **Die Evangelische Kirche Berlin-Brandenburg-schlesische Oberlausitz (EKBO) hat eine Broschüre zum christlich-jüdischen Dialog mit dem Titel „Amen? - Impulse aus dem jüdisch-christlichen Gespräch für evangelische Gottesdienste“ herausgegeben.** Die Broschüre soll Kirchengemeinden anregen, sich mit dem evangelischen Gottesdienst als einer Herzensangelegenheit gemeindlicher Arbeit zu beschäftigen, wie die EKBO mitteilte. Im Gottesdienst begegneten Christinnen und Christen der „lebendigen jüdischen Tradition ihres Glaubens“ und „sind zugleich aufgefordert, sich mit seinen antijüdischen Elementen kritisch auseinanderzusetzen“, heißt es weiter. Die Broschüre entstand in Kooperation mit dem Institut Kirche und Judentum und der Evangelischen Akademie zu Berlin. Sie ist Teil der Kampagne „Jedes Wir beginnt mit mir. Christ*innen gegen Antisemitismus“ der AG Juden und Christen beim Deutschen Evangelischen Kirchentag sowie des Instituts für Kirche und Judentum, die auf dem Kirchentag in Dortmund gestartet wurde und bis zum 27. Januar 2020 läuft. (kna öki 09.07.2019)
- **Jahr um Jahr erweitern Kalenderverlage ihr Sortiment, um Kunden mit ihren Interessen, Hobbies oder Marotten zu gewinnen.** Von „Asterix“ (Dumont) und „Grandios gescheitert - Geschichten vom Straucheln und Weitermachen“ (Harenberg) über den „Putzfimmel-Kalender“

(Dumont) und „Unglaubliche Rekorde“ (Korsch) bis „Zu Gast in schönen Gärten“ (Dumont) locken buchstäblich tausende von Kalendern: Tages-, Wochen- und Monatskalender zum Abreißen, Aufhängen, Aufstellen oder Einstecken. An jedes Sternzeichen, fast jedes Reise- oder Sehnsuchtsziel (z.B. „Entlang der Seidenstraße“, Dumont), an Sprachen und Sportarten sowie kulinarische oder tierische Vorlieben ist dabei gedacht. Meisterfotografien nahezu unberührter Natur - Berge, Wälder, Strände, Wasser - dürfen nicht fehlen (z.B. „Rauszeit“, Heye) und haben angesichts des Klimawandels wohl gute Absatzchancen. Papst Franziskus und seine Botschaft ist Thema mehrerer Kalender, selbst aus säkularen Verlagen wie etwa Harenberg. Klostereigene und kirchliche Verlage veröffentlichen alle Jahre wieder ihre bewährten Klassiker, darunter „Berckers Schwesternkalender“ (Butzon & Bercker), „Der christliche Familienkalender“, „Der katholische Taschenkalender“ (beide bei St. Benno) oder der „Münsterschwarzacher Bildkalender“. Dieser - streng genommen nicht interreligiöse - Kalender will nicht nur mit starken Fotos, sondern auch mit Texten des Dalai Lama, Mahatma Gandhis oder jüdischer Weisen zum Nachdenken anregen. Das Gros an interreligiösen Kalendern findet man längst im Netz. Dahinter stehen Stadtverwaltungen, Integrationsstellen oder das Bundesamt für Migration und Flüchtlinge. Dessen „Interkultureller Kalender“ führt neben den christlichen Feiertagen die der Weltreligionen Islam, Hinduismus, Buddhismus und Judentum auf sowie neuerdings auch die der Sikhs und Jesiden. Für Schulen oder Firmen mit internationalen Kontakten ist ein solcher Kalender eine unentbehrliche Informationsquelle geworden. Ähnlich wie der BAMF-Kalender, jedoch am Schuljahr orientiert, ist der „Kalender der Kulturen“ aufgebaut. Dieser, im 11. Jahr erscheinende Kalender wurde für Kinder und Jugendliche konzipiert, damit sie andere Kulturen und Nationalitäten besser verstehen können. Ausgewählte Feiertage der großen Religionen werden ebenso kindgerecht erklärt wie weithin unbekannte Gedenktage, darunter der Weltlinkshändertag oder der Tag der Toleranz - ein Gewinn auch für Lehrer und Eltern. Der Monatskalender „Miteinander 2020“ aus dem Lutherverlag erklärt wichtige christliche (katholisch, evangelisch, orthodox), jüdische und muslimische Feiertage, dazu auch Tage wie den israelischen Unabhängigkeitstag, den „Tag der Offenen Moschee“ oder die „Woche der Brüderlichkeit“. Bei muslimischen Festtagen findet man neben der arabischen Bezeichnung auch die türkische. Die Fotos von Stephan Schütze zeigen Synagogen, Moscheen und Kirchen in Nordrhein-Westfalen oder Kultgegenstände der Religionen. Zitate aus dem Koran, der Tora, dem Neuen Testament oder aus Gebeten der drei Religionen sind den Bildern beigelegt. Im Anhang werden die verschiedenen Zeitrechnungen, das Mondjahr sowie Grundsätzliches zu den Festtagen erläutert. Der Gewinn des Kalenderverkaufs kommt interreligiösen Projekten zugute. Buchstäblich ökumenisch ist der Buchkalender „Mit der Bibel durch das Jahr. Ökumenische Bibelauslegungen 2020“. Die Auslegungen mit kurzen Gebeten für jeden Tag folgen dem ökumenischen Bibelleseplan. Anliegen und geschichtlicher Hintergrund der biblischen Bücher werden erläutert. Als Verfasser zeichnen Dutzende evangelischer, evangelisch-methodistischer oder römisch-katholischer Autoren verantwortlich, darunter: Priester und Pastorinnen, Bildungs- und Pastoralreferenten, Ordensschwwestern und Universitätsprofessoren. Nach Angaben der Herausgeber - unter ihnen die Bischöfin a.D. Maria Jepsen und der Erfurter Bischof em. Joachim Wanke - handelt es sich bei dem 460 Seiten starken Buch um „das Standardwerk der praktischen ökumenischen Bibelauslegung für das Leben als Christ in der heutigen Zeit“. Ein - erst auf den zweiten Blick - ökumenischer Kalender ist „Der christliche Chronikkalender 2020“ aus dem Leipziger St. Benno-Verlag. Über 1.500 Daten zur Kirchengeschichte listet der bebilderte Wochenkalender auf. Darunter sind Gedenktage (z.B. Errichtung eines Bistums) und Jubiläen (z.B. Heiligsprechung) sowie Geburts- und Todestage bedeutender katholischer, orthodoxer oder protestantischer Persönlichkeiten. Woche für Woche wird eines Jubiläums, Gedenktages oder einer Person gedacht: So steht beispielsweise in der ersten Aprilwoche der 75. Todestag Dietrich Bonhoeffers im Zentrum der Betrachtung, Ende August der 150. Geburtstag Maria Montessoris. Neben einem Foto des/der Gewürdigten finden sich Lebensbeschreibung sowie ein Aphorismus. Im Oktober steht das Ende des ersten Vatikanischen Konzils vor 150 Jahren im Fokus.

Fazit: Im Kalenderdschungel ist für jeden etwas dabei - für Gläubige und Nichtgläubige, für Suchende und Rastlose, für engagierte Christen und ökumenisch Gesinnte. Alle, die sich für Asylsuchende oder im interreligiösen Gespräch engagieren, werden ebenso fündig. (kna öki 03.12.2019)

Alle Beiträge, die mit ILI News gezeichnet sind, entstammen mit freundlicher Genehmigung der Website www.il-israel.com. © kna öki